

Bundesregierung muss bei der Rente von Spätaussiedlern nachbessern

# „WIR SOLLTEN DIE LEBENSLEISTUNGEN UNSERER LANDSLEUTE STÄRKER WÜRDIGEN“

Als ein wichtiges Signal der Länder für mehr Gerechtigkeit bewertet die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann, einen vom Bundesrat jüngst beschlossenen Antrag zur Verbesserung der Fremdreute. Niedersachsen hatte sich ebenfalls für gerechtere Renten bei den Spätaussiedlern eingesetzt.

## Wie stellt sich die besondere Situation von Spätaussiedlern bei der Rente derzeit da?

Die Fremdreute für unsere Spätaussiedler ist seit 1996 faktisch um 40 Prozent eingekürzt worden. Diese erhalten sie für Arbeitszeiten in ihren Herkunftsstaaten der ehemaligen Sowjetunion. Hinzu kommen weitere Deckelungen und Einschränkungen, beispielsweise bei der Anrechnung von Kindererziehungszeit. Wir sprechen bundesweit von bis zu 760.000 Landsleuten, die davon betroffen sind. Rund 75 Prozent von ihnen droht nach Angaben des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften eine geringe Rente und damit ein hohes Risiko von Altersarmut. Denn diese

Generation kommt nicht auf ausreichende Beitragszeiten in der Bundesrepublik, die das ausgleichen könnten.

## Wie konnte es denn zu dieser Situation kommen und was wäre zu tun?

Die Kürzung der Fremdreute gehörte zu einem Maßnahmenbündel, um diese dem damaligen ostdeutschen Rentenniveau anzugleichen. Das war seinerzeit der besonderen Situation nach der Wiedervereinigung geschuldet.

Inzwischen hat sich das Rentenniveau von Ost und West fast vollständig angeglichen. Die Fremdreute für die Spätaussiedler ist jedoch auf der Strecke geblieben. Diese Menschen haben ein Leben lang hart gearbeitet. Daher haben sie Anspruch auf eine Rente, die ihrer Lebensleistung entspricht.

## Das Wichtigste ist, die pauschale Kürzung von 40 Prozent zurückzunehmen.

## Nun gibt eine Initiative des Bundesrats, was fordern die Länder vom Bund?

Der jetzt einstimmig im Bundesrat beschlossene Entschließungsantrag Bayerns ist ein ganz wichtiges Signal der Länder zur Verbesserung der Fremdreute. Die Bundesregierung ist nun

zeitnah aufgefordert, Lösungsvorschläge für eine gerechtere Altersversorgung vorzulegen.

Noch vor zweieinhalb Jahren konnten sich die Länder nicht auf eine solche Bundesratsinitiative einigen. Inzwischen haben diese erkannt, dass hier ein Gerechtigkeitsdefizit besteht. Vor allem der stetige Druck aus Ländern wie Bayern, Hessen und vor allem auch Niedersachsen war sehr hilfreich.

## Auch in Niedersachsen ist die Politik nicht untätig gewesen.

Es war sehr wichtig, dass der Niedersächsische Landtag bereits am 24. Oktober einstimmig einen Entschließungsantrag der Regierungsfractionen von CDU und SPD verabschiedet hat. Dessen Ziel ist es vor allem, neben mehr Wertschätzung der Leistung der Deutschen aus Russland einen finanziellen Nachteilsausgleich bei der Rentenberechnung für Spätaussiedler auf den Weg zu bringen. Auch habe ich wiederholt die Mitglieder der Landesregierung gebeten, eine länderübergreifende Initiative im Bundesrat zu unterstützen.

